



„Bottom-Up“ trifft „Top-Down“ - Europaaktive Kommunen NRW im Gespräch mit der Europäischen Kommission

Intensiver Austausch zu europapolitischen Themen

Am 19. und 20.04.2016 waren 14 Vertreter von Europaaktiven Kommunen aus Bocholt, Bonn, Duisburg, Kamen, Kerpen, Köln, Mülheim an der Ruhr, Neuss, Oberhausen, Stolberg und Xanten zu Gast in Brüssel.

Sie informierten sich aus erster Hand über aktuelle europapolitische Themen. Diesen exklusiven Zugang erwarben sie durch eine erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb zur Erlangung der Auszeichnung „Europaaktive Kommune NRW“ der Landesregierung.

Ihr erster Weg führte die kommunalen „Europaarbeiter“ in „ihre“ Landesvertretung. Deren Leiter Rainer Steffens beschrieb die Europaaktiven Kommunen als „Anker“ in der sich in „schwerer See“ befindlichen Europäischen Union. Als Stichworte nannte er die Flüchtlingsunterbringung und –integration, den möglichen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sowie das Ergebnis des Referendums in den Niederlanden zum Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU.

Schon seit 1991 unterhält der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein Europabüro in Brüssel. Dr. Klaus Nutzenberger, langjähriger Leiter des Büros, begrüßte, dass Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker weniger Rechtsvorschriften vorschläge, als dies bei seinen Vorgängern der Fall war. Auch lege Präsident Juncker Wert auf das Subsidiaritätsprinzip. Neben den Fragen, die sich aus der Migration von Millionen Menschen ergäben, sieht er noch die Digitalisierung, Stichwort: „Kommune 4.0“ sowie die Diskussion um eine „Städtische Agenda“ als die momentan wichtigsten kommunalpolitischen EU-Themen.

Michael Schmitz vom Europabüro des Deutschen Landkreistags nutzte die Gelegenheit der Anwesenheit von Kommissionsvertretern um auf die Schwierigkeiten der kommunalen Familie mit dem angedachten „Transparenzregister“ hinzuweisen. Dabei handelt es sich um ein Register, in das sich künftig alle Unternehmen

und Lobbyisten, die Gespräche mit Kommissionsvertretern haben wollen, eintragen müssen. Man könne nicht kommunale Spitzenverbände mit anderen Lobbyisten einfach gleichstellen, so sein Einwand. Kritisch sieht er auch, dass 700 Mio. Euro aus dem Topf für „EuropeAid“ genommen worden seien, um die Flüchtlingshilfe der Kommission an Mitgliedstaaten zu finanzieren. Damit würden neue Fluchtgründe geschaffen. Zudem forderte er mehr Investitionen in den Breitbandausbau.

Am folgenden Tag wartete die Europäische Kommission mit einem ganzen Strauß an Themen auf. Grundsätzliches zu Arbeit und Organisation der Europäischen Institutionen wusste Steffen Schulz, kommissarischer Leiter der EU-Vertretung der Kommission in Bonn zu berichten.

Vom Chlorhühnchen bis zur Daseinsvorsorge reichte dagegen die Spannweite, über die Lutz Güllner, Referatsleiter Information, Kommunikation und Zivilgesellschaft der Generaldirektion Handel zu berichten wusste, wenngleich er natürlich die aus seiner Sicht insgesamt positiven Aspekte eines Abkommens zwischen EU und den USA hervorhob.

Mit Johannes Noack, der im Kabinett von Erweiterungs- und Nachbarschaftskommissar Johannes Hahn arbeitet, diskutierten die Kommunalpolitiker und kommunalen Verwaltungsmitarbeiter über die Verhandlungen mit der Türkei und das Verhältnis der EU zu Russland.

Klar, dass auch Förderzugänge im Interesse der Teilnehmenden standen. Astrid Mechel von der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie Sacha Piehl von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration erläuterten die verschiedenen Förderwege.

Über 2,3 Mrd. Euro erhält NRW im Zeitraum von 2014 bis 2020 aus Brüssel, um damit im Wettbewerbsverfahren beispielsweise den

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Ausbau der Breitbandtechnologie für Gewerbegebiete, die Energieeffizienz von Unternehmen oder den energetischen Stadtumbau zu fördern.

Die Kommissionsbeamten interessierte es, wie „Ihre“ Programme vor Ort ankommen, welche Hindernisse es vielleicht noch gibt und was man besser machen könnte.

Dies verdeutlicht, wie wichtig der regelmäßige Austausch zwischen Vertretern der Kommission und der Kommunen ist, haben doch beide Seiten von diesem Austausch profitiert.

Weiterführende Informationen:

<http://www.europaaktivekommune.nrw.de/index.php?id=1>